

Fraktion **direkt**

16 | 23. Mai 2014

Zur Lage

Die Mütterrente ist beschlossen

Die Rentenkassen werden nicht belastet

Die Skepsis war bis in die letzten Wochen noch spürbar. Viele haben gezweifelt, dass die Union ihr Wahlversprechen einlösen würde, die Mütterrente zu erhöhen.

Doch CDU und CSU haben Wort gehalten: Die Mütterrente ist nun beschlossen. Schätzungsweise neun Millionen Mütter, die Kinder vor 1992 geboren haben, erhalten eine höhere Rente: monatlich 28,14 Euro im Westen und 25,74 Euro im Osten mehr. Die Korrektur ist ein Ausdruck der Gerechtigkeit. Damit erhalten nun diejenigen Frauen mehr Rente, die wegen der Erziehung ihrer Kinder noch ganz zu Hause geblieben sind. Viele hätten damals gern gearbeitet, waren aber daran gehindert, weil es noch nicht genügend Kitas oder gar Krippen gab. Mit der Erziehung ihrer Kinder haben sie genauso wie die Frauen, die gearbeitet haben, einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet.

„Die Korrektur ist Ausdruck der Gerechtigkeit“

Die Erhöhung wird in dieser Legislaturperiode vollständig aus Steuermitteln finanziert werden können. Dies war der CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer wichtig. Die Rentenkassen werden – anders als gerne behauptet wird – gerade nicht belastet. Natürlich wird die jüngere Generation über die Steuern die neue Mütterrente mitfinanzieren. Solange dies aber nicht dazu führt, dass wir uns neu verschulden müssen – und dies haben wir ausgeschlossen – ist das akzeptabel. Für die Zukunft ist es vor allem wichtig, dass die Haushalte wieder in Ordnung kommen. Und dafür steht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Verbesserungen bei Rente mit 63

Zudem haben wir nun die Rente mit 63 verabschiedet. Wir haben in den Verhandlungen der letzten Wochen noch ei-



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

niges erreicht. Eine Frühverrentungswelle wird es nicht geben, weil wir praktisch eine Sperre eingebaut haben.

Erfahrung muss in den Betrieben bleiben können

Wichtiger ist uns aber noch, dass die Weiterarbeit nach dem Renteneintrittsalter erleichtert wird. Bis jetzt durfte unsinnigerweise niemand im selben Betrieb weiterarbeiten. Das wird jetzt möglich. Damit haben wir nun erstmals die Chance, dass das Wissen und die Tatkraft der Älteren in den Betrieben bleiben kann, wenn beide Seiten dies wollen. Wir sind hier noch längst nicht am Ende unserer Überlegungen. Eine Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen wird über weitere Schritte beraten.

Volker Kauder

Inhalt

Die Mütterrente ist beschlossen	1
Stimme für Europa	2
Verbesserungen für Rentner – Solide finanziert	3
„Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft“	5
„Bringt unsere Mädchen zurück“	6
Berufsbildung – das Rückgrat der Volkswirtschaft	7
„Wir müssen die Forschungskompetenz behalten“	8
Bürger vertrauen dem Parlament	9
DGB und CDU/CSU entspannt im Gespräch	10
Union steht für Kontinuität in der Filmförderung	11
Letzte Seite	12

Kommentar

Stimme für Europa

Gemeinschaft auf Basis christlicher Werte



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Am Sonntag sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Stimme für Europa abzugeben, das Europäische Parlament zu wählen. Jean-Claude Juncker hat als europäischer Spitzenkandidat der EVP einen genauso klugen Wahlkampf geführt wie der deutsche Spitzenkandidat von CDU und CSU, David McAllister. Beide haben eigene Akzente gesetzt, haben aber vor allem betont, wie maßgebend Deutschland in der europäischen Politik ist, wie stark die Akzente sind, die Bundeskanzlerin Angela Merkel in Brüssel in den vergangenen Jahren gesetzt hat und weiter setzt.

Im Wahlkampf haben wir wieder einmal gemerkt: Die Faszination für Europa ist leider immer noch schwer zu vermitteln. Gerade vor Wahlen werden – natürlich auch von interessierter Seite – vor allem Nachteile benannt. Dieser negativen Stimmungsmache haben wir gute Konzepte entgegenzusetzen. Es ist richtig, in der vergangenen Legislaturperiode war das Thema Europa vor allem durch die Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro belegt. Doch wir sind damit den richtigen Weg gegangen, denn inzwischen haben die Krisenländer Spanien, Irland und Portugal den Rettungsschirm wieder verlassen. Und auch in Griechenland zeigen die Strukturreformen erste Erfolge,

der Rückgang des Defizits vor dem Hintergrund der schwierigen Ausgangslage ist beachtlich. Angela Merkel hat auch in Brüssel eine solide Haushaltspolitik durchgesetzt. Sie ist Garant dafür, dass wir keine Vergemeinschaftung von Schulden bekommen und die Steuerzahler nicht weiter für die Versäumnisse der Banken geradestehen müssen.

Stabile Festung in unruhigen Zeiten

Die Europäische Union ist ein politischer Raum, der die Werte der christlich-abendländischen Kultur teilt, wirtschaftlich eng miteinander verbunden ist und eine gemeinsame Währung hat. Doch diese umfassende Verbindung der europäischen Nationalstaaten muss immer wieder neu an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Die Krise in der Ukraine, die Einflussnahme Russlands an der östlichen Grenze der Europäischen Union, führt uns deutlich vor Augen, dass wir unsere Gemeinschaft pflegen und stärken müssen. Hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges sehen wir uns plötzlich mit einem russischen Präsidenten konfrontiert, der völkerrechtlich festgelegte Grenzen offenbar nicht akzeptiert. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auch außerhalb der EU-Grenzen gelebt werden kann. Die Ukraine-Krise zeigt, wie wichtig eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist, damit Europa als Festung in unruhigen Zeiten bestehen kann.

Und schließlich müssen wir weiter an unserer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten, um den Wohlstand in der Europäischen Union zu sichern. Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind hier Kernpunkte.

Wir wünschen uns am Sonntag ein gutes Wahlergebnis. Die EVP setzt die notwendigen Akzente, um Europa stärker zu machen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Verbesserungen für Rentner – Solide finanziert

Alles Wissenswerte zum Rentenpaket

Die große Koalition hat am Freitag im Bundestag das Rentenpaket verabschiedet. Es bringt Verbesserungen unter anderem für ältere Mütter und langjährige Arbeitnehmer. „Fraktion direkt“ beantwortet im Folgenden Fragen zu den einzelnen Neuregelungen.

1. Wie viele Frauen werden von der verbesserten Mütterrente profitieren?

Von der verbesserten Mütterrente profitieren gut neun Millionen Frauen, die vor 1992 Kinder bekommen haben – aber nicht nur sie, sondern auch Männer, die Kinder erzogen haben. Sie alle erhalten einen Entgeltpunkt mehr. Das heißt, ihnen wird ein Jahr mehr Erziehungszeit angerechnet, also insgesamt zwei Jahre.

2. Warum ist die Aufstockung der Mütterrente gerecht?

Die Verbesserung der Mütterrente ist eine Anerkennung der Lebensleistung. Frauen, die vor 1992 Kinder großgezogen haben, hatten nicht die Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder, die es heute gibt, und damit nicht so gute Chancen wie Frauen heute, einem Beruf nachzugehen.

3. Wie sieht die Besserstellung konkret aus?

Derzeit entspricht der aktuelle Rentenwert West 28,14 Euro und der Rentenwert Ost 25,74 Euro. Um diesen Bruttowert wird sich die monatliche Rente je Kind, das vor 1992 geboren wurde, erhöhen (Bruttowert bedeutet, dass von dem Wert noch Kranken- und Pflegeversicherung abgezogen werden.).

Aufs Jahr gerechnet ergeben sich entsprechend Erhöhungen von rund 338 Euro im Westen und rund 309 Euro im Osten.

4. Was müssen die betroffenen Frauen tun, um in den Genuss der verbesserten Mütterrente zu kommen?

Frauen, die vor dem 1. Juli 2014 bereits eine Rente beziehen und bei denen Kindererziehungszeiten für ein

5. Wann wird die verbesserte Rente ausgezahlt?

Das Geld soll erstmals Ende 2014 ausgezahlt werden, dann aber rückwirkend zum 1. Juli 2014.

6. Wie wird die Mütterrente finanziert?

Die Verbesserung der rentenrechtlichen Bewertung der Kindererziehung



© GordonGrand - Fotolia.com

vor 1992 geborenes Kind berücksichtigt wurden, erhalten die höhere Mütterrente ohne Antrag. Die Neubewertung der Kindererziehungszeiten erfolgt automatisch durch die Rentenversicherung.

Frauen, die noch keine Rente erhalten, aber bereits ihre Kindererziehungszeiten geltend gemacht haben, werden ebenfalls automatisch durch die Rentenversicherung berücksichtigt. All jene, die ihre Kindererziehungszeiten noch nicht angegeben haben, sollten dies tun.

vor 1992 führt zu jährlichen Kosten von rund 6,7 Milliarden Euro, die aber langsam absinken.

Diese Kosten kann die Rentenversicherung im ersten Jahr durch Steuermittel finanzieren. Der Bund zahlt seit 1999 für jedes geborene Kind Geld in die Rentenkasse und legt dabei immer drei Erziehungsjahre zu Grunde. Das macht insgesamt fast zwölf Milliarden Euro, von denen die Rentenkasse allerdings jährlich nur etwa sechs Milliarden ausgibt, da die meisten Rentner bisher nur ein Jahr Kinderer-

ziehungszeit anerkannt bekommen. Entsprechend kann nun die Summe, die für die verbesserte Mütterrente benötigt wird, aus diesem Topf der Rentenversicherung finanziert werden.

7. Wird die Mütterrente auf die Grundsicherung angerechnet?

Die Verbesserung der Mütterrente durch die Anrechnung eines zusätzlichen Erziehungsjahres für vor 1992 geborene Kinder wird im Rahmen der Grundsicherung berücksichtigt. Das heißt, der Betrag wird mit der Grundsicherung verrechnet.

Für Frauen, deren Rente sich knapp über dem Niveau der Grundsicherung bewegt, bedeutet die Anerkennung ei-

tragsjahren bis zum Jahr 2029 schrittweise wieder auf 65 Jahre angehoben.

Wichtig ist: Die Rente mit 67, so wie wir sie vor Jahren auf den Weg gebracht haben, ist nicht verzichtbar. Die Menschen werden immer älter, es werden zu wenige Kinder in Deutschland geboren. Dem deshalb drohenden Fachkräftemangel müssen wir begegnen.

9. Werden auch Zeiten der Arbeitslosigkeit anerkannt?

Zeiten des Arbeitslosengeldbezuges werden ohne zeitliche Beschränkung angerechnet. Dies ist vertretbar, da kaum ein Arbeitnehmer über mehrere Jahre Arbeitslosengeld bezogen haben wird. Der Bezug von Arbeitslosenhilfe oder ALGII ist nicht anrechnungsfähig.

wechseln können, häufig jahrelang wie Arbeitnehmer ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht haben, werden sie jetzt ebenfalls nach 45 Beitragsjahren berücksichtigt.

12. Gibt es Möglichkeiten für Arbeitnehmer, auch nach Erreichen des Renteneintrittsalters weiterhin in ihrer Firma, ihrem Unternehmen arbeiten zu können?

Arbeitnehmer haben immer häufiger den Wunsch, nach Erreichen der Regelaltersgrenze in ihrem Beruf zu bleiben. Und auch Arbeitgeber wollen ihre Fachkräfte gern noch halten. Künftig ist es möglich, das Arbeitsverhältnis – solange es noch besteht – für einen befristeten Zeitraum fortzusetzen.

13. Muss darüber hinaus noch etwas geschehen?

Über diese Vereinbarungen hinaus soll eine Arbeitsgruppe Vorschläge erarbeiten, wie die Übergänge vom Berufsleben in die Rente besser gestaltet werden können. Ein wichtiger Punkt ist das flexible Weiterarbeiten bis 67 Jahre. Bisher ist die sogenannte Teilrente wegen der starren Hinzuverdienstgrenzen unattraktiv. Das heißt, für Arbeitnehmer, die Teilzeit in Rente gehen und ihr Alterseinkommen durch entsprechenden Hinzuverdienst auf ein gutes Niveau heben wollen, gibt es bisher keine attraktiven Modelle. Daher muss das Hinzuverdienstrecht für den gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand angepasst werden.

14. Gibt es noch weitere Bestandteile im Rentenpaket?

Ja, es wird auch noch Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und den Reha-Leistungen geben. Wer aus gesundheitlichen Gründen reduziert oder gar nicht mehr arbeiten kann, soll brutto bis zu 40 Euro mehr Rente bekommen. Um Frühverrentungen aus gesundheitlichen Gründen zu verhindern, sollen die bislang gedeckelten Mittel für Rehabilitationsleistungen schrittweise erhöht werden.



© Kautz15 - Fotolia.com

nes weiteren Erziehungsjahres für ihre vor 1992 geborenen Kinder eine Verbesserung des Alterseinkommens.

8. Ist die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren vertretbar?

Die abschlagsfreie Rente mit 63 belohnt diejenigen Menschen, die in jungen Jahren ins Arbeitsleben gestartet sind und jahrzehntelang durchgearbeitet haben – und somit ihren Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung geleistet haben. Vor diesem Hintergrund ist die Rente mit 63 noch vertretbar, zumal im Gesetzgebungsverfahren auf Betreiben der CDU/CSU-Fraktion Ergänzungen durchgesetzt werden konnten.

Mit den Veränderungen am Gesetz verhindern wir vor allem den Missbrauch dieser Regelung. Zudem wird das Renteneintrittsalter nach 45 Bei-

10. Wie wird eine Frühverrentungswelle ausgeschlossen?

Um eine Frühverrentungswelle auszuschließen, werden Zeiten der Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren vor der abschlagsfreien Rente mit 63 nicht mitgezählt. Lediglich in zwei Fällen werden in diesem Zeitrahmen Ausnahmen gemacht: im Fall der Insolvenz eines Arbeitgebers oder bei vollständiger Geschäftsaufgabe.

11. Profitieren auch selbstständige Handwerker von der abschlagsfreien Rente mit 63?

Der Anspruch auf die abschlagsfreie Rente mit 63 kann auch mit freiwilligen Beiträgen erwirtschaftet werden. Da auch freiwillig Versicherte, insbesondere selbstständige Handwerker, die nach 18 Jahren Pflichtbeitragszahlung in die freiwillige Versicherung

„Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft“

Michael Stübgen über die Wahl zum Europaparlament und den neuen Kommissionspräsidenten



Foto: Dietmar Seidel

Michael Stübgen
Europapolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vom 22. bis zum 25. Mai sind rund 400 Millionen Bürger der Europäischen Union aufgerufen, ein neues Europaparlament zu wählen. In Deutschland, wo Wahlen traditionell an einem Sonntag stattfinden, bestimmen die Wähler am 25. Mai, welche Partei sie künftig im Straßburger Abgeordnetenhaus vertreten soll. Über die Bedeutung der Wahl sprach „Fraktion direkt“ mit dem europapolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Stübgen.

Herr Stübgen, seit der ersten Wahl zum Europaparlament 1979 ist die Wahlbeteiligung stetig zurückgegangen, zuletzt auf 43 Prozent. Umfragen zufolge ist das Interesse auch dieses Mal gering. Warum ist es Ihrer Meinung nach wichtig, zur Wahl zu gehen?

Stübgen: Weil bei aller Kritik im Einzelnen die Grundidee der Europäischen Union immer noch das Beste ist, was sich die Menschen auf dem Kontinent wünschen können: ein Zusammenleben in Frieden und Wohlstand, ein gemeinsamer Markt,

ein gemeinsamer Wohn- und Arbeitsraum, eine gemeinsame Außenpolitik. Europapolitik ist aber immer auch konkret in ihren Auswirkungen: Da geht es um den Ukraine-Konflikt, die Euro-Krise, den Daten- und Verbraucherschutz oder den Freihandel. Wer auf diesen Politikfeldern Einfluss ausüben will, muss am Sonntag wählen gehen.

In Umfragen liegt die Europäische Volkspartei – die konservative Parteienfamilie, der auch die CDU angehört – knapp vorn. Was spricht für die EVP?

Stübgen: Die EVP tritt konstruktiv ein für die europäische Integration und für die Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben – Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft, ihre Prinzipien sind Solidarität und Eigenverantwortung. Die CDU und mit ihr die EVP stehen dafür, dass die Schulden der Mitgliedstaaten nicht vergemeinschaftet werden und die Versäumnisse der Banken, die uns milliardenschwere Bürden aufgehalst haben, nicht weiter beim Steuerzahler abgeladen werden. Dass dieser Politikansatz funktioniert zeigen erste Erfolge bei der Bewältigung der Euro-Krise in Portugal und Irland.

Wird im Falle eines Wahlsieges der EVP ihr Spitzenkandidat, der ehemalige luxemburgische Regierungschef und langjährige Vorsitzende der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, automatisch EU-Kommissionspräsident?

Stübgen: Es gibt keinen Automatismus. Aber der EU-Vertrag von Lissabon verlangt, dass der Europäische Rat das Ergebnis der Wahlen zum Europaparlament berücksichtigt, wenn er seinen Vorschlag für den

neuen Kommissionspräsidenten macht. Da das Europäische Parlament den Kommissionspräsidenten wählt, müssen Parlament und Europäischer Rat zu einer gemeinsamen Lösung finden. Bei einem Wahlsieg der EVP, die mit Juncker in den Wahlkampf gezogen ist, hätte unser Kandidat sicher gute Chancen, auch Kommissionspräsident zu werden.

„Extremistischen Parteien die rote Karte zeigen“

Nach Umfragen der Meinungsforschungsinstitute sind die europakritischen Parteien im Aufwind. Welche Gefahren sehen Sie, wenn diese Parteien tatsächlich eine starke Stellung im Europaparlament bekommen sollten?

Stübgen: Nicht jeder, der die EU kritisiert, ist gegen Europa und gegen die europäische Integration. Aber es gibt bei dieser Wahl auch populistische und extremistische Parteien, denen die Wähler die rote Karte zeigen sollten. Wir würden ansonsten Bewerbern zu einem Sitz im Parlament verhelfen, die keine konstruktiven Beiträge zur Bewältigung der europapolitischen Aufgaben leisten.

Braucht es eine Krise wie die um die Ukraine, damit die Menschen begreifen, dass es sich lohnt, europäische Werte zu verteidigen?

Stübgen: Die Ukraine-Krise führt uns vor Augen, was für eine Erfolgsgeschichte der europäische Einigungsprozess ist. Ihm verdanken wir, dass wir in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand leben. Wir sollten daher im Wahlkampf auch die Vorteile von Europa herausstellen.

„Bringt unsere Mädchen zurück“

Bundestag debattiert über Terror in Nigeria



Foto: Steven Rösler

Die Gruppe der Frauen mit den Kampagnenschildern „Bring back our girls“

Die Unionsfraktion appelliert an die islamistische Terrororganisation Boko Haram, die seit mehr als vier Wochen verschleppten 230 nigerianischen Schülerinnen endlich freizulassen. Auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion debattierte der Bundestag am Mittwoch in einer aktuellen Stunde über das Verbrechen, das die Welt bewegt. Fraktionschef Volker Kauder beklagte das Schicksal der überwiegend christlichen Mädchen, welche die Terrorgruppe zu verkaufen und zu versklaven droht. Außerdem warnte er davor, dass Boko Haram im verarmten Norden Nigerias eine islamische Republik gründen wolle.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sabine Weiss nannte die Gefangennahme der Mädchen ungeheuerlich. „Von der aktuellen Stunde muss das Signal ausgehen, dass der Bundestag diese Menschenrechtsverbrechen geschlossen und uneingeschränkt verurteilt“, sagte Sabine Weiss. Die CSU-Abgeordnete Dagmar Wöhrle betonte: „Es ist wichtig zu zeigen, dass wir nicht wegschauen bei der Verletzung von Menschenrechten.“ Sie rief auf zur Unterstützung der Internetkampagne „Bring back our girls – Bringt unsere Mädchen zurück“, an der sich neben Prominenten auch die Gruppe der Frauen der Unionsfraktion beteiligt.

Die Mädchen waren Mitte April aus einer Schule im Norden Nigerias heraus entführt worden. Tage später stellte die Boko Haram, deren Name so viel wie „westliche Bildung ist Sünde“ bedeutet, Bilder der Schülerinnen ins Netz, auf denen sie nach islamischer Art verschleiert waren. Die USA, Großbritannien und Frankreich boten Hilfe an, um die Verschleppten aufzuspüren. Der französische Präsident François Hollande berief einen Krisengipfel ein, um eine Strategie gegen Boko Haram zu erörtern.

Mit Bildung gegen den Terror

Deutschland sollte sich weiterhin entsprechend seiner Möglichkeiten intensiv an der Suche und Befreiung der Schülerinnen beteiligen, forderte Sabine Weiss. Sie wies auch darauf hin, dass die internationale Gemeinschaft sich grundsätzlich eine Strategie gegen die Terrororganisation überlegen müsse, denn: „Boko Haram wird nicht einfach weggehen, sondern sie wächst weiter.“

Weiss empfahl zum einen, die örtlichen Sicherheitskräfte zu stärken, zum anderen über Entwicklungszusammenarbeit Bildung und Arbeitsplätze zu fördern. Nur so könne man dem islamistischen Terror den Nährbo-

den entziehen, betonte auch Dagmar Wöhrle, die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist.

„Boko Haram will die Christen vertreiben“

Fraktionschef Volker Kauder stellte fest, dass es bei dem Terror der Boko Haram allein um einen religiösen Konflikt gehe. „Boko Haram will die Christen aus dem Land vertreiben.“ Die Schülerinnen seien deshalb entführt worden, weil sie Christinnen seien. Er wies darauf hin, dass es früher meist Staaten waren, die Andersgläubige verfolgt hätten. Nun seien es zunehmend Terrorgruppen, die deshalb ihr Unwesen treiben könnten, weil die staatliche Gewalt nicht mehr funktioniere. Deshalb müsse man die staatliche Autorität darin unterstützen, dass sie ihr Gewaltmonopol auch ausüben könne.

Der Boko Haram fielen allein in diesem Jahr bislang 2.000 Menschen zum Opfer. Erst am Dienstag verübte sie erneut zwei Bombenanschläge, bei denen fast 120 Menschen ums Leben kamen.

Berufsbildung – das Rückgrat der Volkswirtschaft

Bundestag debattiert über Jahresbericht der Regierung

Ein Berufsabschluss ist für die individuellen Perspektiven und die gesellschaftliche Teilhabe eines jeden Menschen von besonderer Bedeutung. Darauf wies Bundesbildungsministerin Johanna Wanka bei der Debatte des Berufsbildungsberichts am Donnerstag im Bundestag hin.

Gleichermaßen ist die berufliche Bildung das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die Ministerin sieht daher mit Sorge, dass trotz drohenden Facharbeitermangels nur noch ein Fünftel der Betriebe junge Menschen ausbildet. Dies sei der niedrigste Stand seit der Wiedervereinigung, sagte Wanka.

Trend zur Akademisierung ungebrochen

Der Trend zur Akademisierung der Ausbildung ist laut Bundesbildungsbericht ungebrochen. Erstmals gebe es mehr Studienanfänger als junge Menschen, die eine Lehre beginnen, heißt es darin. Demgegenüber sei die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge erneut gesunken.

Die Unternehmen hätten zunehmend Probleme, für ihre freien Ausbildungsplätze geeignete Bewerber zu finden, berichtete Wanka. Dies zeige,



Foto: picture alliance / dpa

dass es immer schwieriger werde, Angebot und Nachfrage aufeinander abzustimmen. Wichtig ist nach Ansicht der Ministerin, auch leistungsstarke Schulabgänger für die berufliche Ausbildung zu gewinnen. „Deshalb muss es ein politischer Schwerpunkt sein, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu stärken“, forderte die CDU-Politikerin.

Der bildungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Albert Rupprecht, sieht die Gefahr, dass das System der

beruflichen Bildung kollabiert, sollten die Prognosen Realität werden, dass im Jahr 2020 zwei Drittel der jungen Menschen eines Jahrgangs an einer Hochschule studieren. „Deutschland gehen dann die Meister, Gesellen und Fachkräfte aus“, befürchtet der CSU-Politiker. Das könne nicht unsere Vision sein. Neben dem Mangel an Fachkräften werde es dann auch viele frustrierte Studierende geben, die sich überfordert fühlen, sagte Rupprecht voraus. Schon jetzt verlasse jeder Vierte die Universität ohne Abschluss.

Berufsbildung in Deutschland

Deutschland hat mit weniger als acht Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote bei Jugendlichen in Europa. Einer der Gründe hierfür ist die duale Berufsausbildung mit ihrer besonderen Nähe zur Praxis. Mehr als die Hälfte eines Jahrgangs beginnt nach der Schule eine Ausbildung in einem der rund 330 anerkannten Berufe. Ende 2012 gab es laut aktuellem Berufsbildungsbericht des Ministeriums 1,43 Millionen Auszubildende.

Doch der Ausbildungsmarkt verändert sich auch. 2012 wurden weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als noch im Vorjahr. Gleichzeitig stieg die Zahl unbesetzter betrieblicher Ausbildungsplätze auf einen Höchststand. Während Betriebe darüber klagen, dass sie keine geeigneten Jugendlichen für ihre Lehrstellen finden, gibt es viele Jugendliche, die Schwierigkeiten beim Einstieg in die Berufsbildung haben.

Gleichzeitig nimmt die Zahl der Studienanfänger zu. Während Mitte der 60er Jahre nur acht Prozent der Schulabgänger ein Studium begannen, sind es inzwischen rund die Hälfte. In acht von zehn Berufsgattungen mit den größten Engpässen werden allerdings keine Akademiker gebraucht, sondern junge Menschen mit einer praxisnahen Fachausbildung.

Die Koalition zieht daraus die Konsequenz, dass die Durchlässigkeit zwischen Beruf und Studium höher werden muss. Nach dem Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss“ soll es Menschen leichter gemacht werden, sich innerhalb von Berufsfamilien weiterzubilden und aufzusteigen. Die Berufsorientierung soll bereits in der Schule beginnen, damit Ausbilder und Auszubildende leichter zueinander finden. Jugendlichen, die nicht ausbildungsreif sind, sollen unterstützt werden, damit sie sich in den ersten Arbeitsmarkt integrieren können.

„Deutschland gehen die Meister aus“

Die Durchlässigkeit des Bildungssystems in beide Richtungen müsse verbessert werden, forderte er. Studienabbrecher müssten eine Perspektive im System der beruflichen Ausbildung haben, und Absolventen einer beruflichen Ausbildung sollten mehr Perspektiven an Hochschulen eröffnet werden.

Die CDU-Abgeordnete Lena Strothmann beschrieb die Situation so: „Im Handwerk haben junge Menschen beste Chancen. Nur viele wissen es noch nicht.“

„Wir müssen die Forschungskompetenz behalten“

Franz-Josef Holzenkamp über Chancen und Risiken der grünen Gentechnik



Foto: Matthias Niehues

Franz-Josef Holzenkamp
Agrarpolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD haben am Donnerstag im Bundestag einen gemeinsamen Antrag zum Umgang mit der grünen Gentechnik verabschiedet. Danach sollen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union selbst entscheiden, ob auf ihrem Territorium gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden dürfen. Diese Entscheidung soll nach Regierungswechseln grundsätzlich revidierbar sein. Über die grüne Gentechnik sprach „Fraktion direkt“ mit dem agrarpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Franz-Josef Holzenkamp.

Herr Holzenkamp, es sieht so aus, als ob Deutschland den Anbau von Gempflanzen nicht zulassen wird, auch wenn die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit keine Bedenken dagegen hat. Warum?

Holzenkamp: Es sieht danach aus. Zukünftig wird es sich bei der Zulassung jeder gentechnisch veränderten Pflanze um eine Einzelfallentscheidung handeln, ob ein Anbau auch national genehmigt wird oder nicht. Aber es ist richtig: Die Vorbehalte der Menschen in unserem Land gegenüber der grünen Gentechnik sind

groß. Das liegt einerseits daran, dass die Menschen keinen Nutzen in der grünen Gentechnik sehen, und andererseits werden Ängste gegen diese Technologie geschürt. Ich hoffe, dass es gelingt, in der öffentlichen Debatte zu einer Versachlichung zu kommen.

Sicherlich müssen die Sorgen der Menschen ernst genommen werden, aber was ist mit den Chancen der grünen Gentechnik?

Holzenkamp: Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen hat sich in den vergangenen zehn Jahren weltweit auf über 180 Millionen Hektar verdoppelt. Rund 18 Millionen Landwirte in 30 Ländern bauen sie an. Offensichtlich machen die Landwirte positive Erfahrungen mit dieser Technologie, zum Beispiel mit Ertragssicherung.

Nur mit erkennbarem Nutzen wird auch die Akzeptanz größer werden. Das sieht man sehr deutlich an der Entwicklung der roten und der weißen Gentechnik, also der Gentechnik in der Medizin und bei Mikroorganismen in der industriellen Produktion. Sie sind im Gegensatz zur grünen Gentechnik in der Gesellschaft voll akzeptiert.

Für den Nutzen der grünen Gentechnik gibt es Beispiele, etwa den „goldenen Reis“, der mit Beta-Carotin angereichert ist und mit dem der Vitamin-A-Mangel in den Entwicklungsländern Asiens bekämpft werden kann. Sollten wir uns wirklich von der Erforschung der grünen Gentechnik abkoppeln?

Holzenkamp: Auf keinen Fall. Wir müssen uns die Forschungskompetenz erhalten, um die Chancen und Risiken dieser noch relativ jungen Züchtungsmethode hierzulande bewerten zu können. Dabei geht es auch um den Wirtschafts- und Wis-

senschaftsstandort Deutschland. Niemand kann heute schon sagen, welchen Nutzen wir vielleicht in fünf oder zehn Jahren aus dieser Technologie ziehen können.

„Wir brauchen eine umfassende Kennzeichnung“

Was kann man tun, um den Bedenken der Verbraucher entgegenzukommen?

Holzenkamp: Akzeptanz entsteht nur, wenn Bedenken und Vorbehalte ausgeräumt werden können und der Nutzen für die Menschen erkennbar wird. Hierbei hat die öffentliche Forschung – und insbesondere die Sicherheitsforschung zur eigenen Bewertung von Risiken – eine zentrale Bedeutung. Wir müssen einen breiten, sachlichen Dialog führen, der versucht, ohne Populismus und Angstmacherei auszukommen. Das gilt übrigens für den Umgang mit allen modernen Technologien.

Hinzu kommt das Thema Kennzeichnung. Mit unserem in dieser Woche beschlossenen Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich in der EU für die Schaffung einer praktikablen Kennzeichnung für Produkte von Tieren einzusetzen, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden. Dies ist ein großer Schritt zu mehr Transparenz in diesem Bereich. Ich glaube aber, wir müssen langfristig zu einer vollumfassenden Kennzeichnung kommen, die alle Stufen der Lebensmittelkette einschließt – ganz gleich, ob es sich dabei um weiße oder grüne Gentechnik handelt.

Bürger vertrauen dem Parlament

Petitionsausschuss legt Jahresbericht vor – Konkrete Hilfe im Einzelfall



Foto: Steven Rösler

Die Mitglieder der AG Petitionen mit ihrem Vorsitzenden Günter Baumann (links)

Rund 14.800 eingereichte Petitionen und fast 1,2 Millionen Unterstützer im Jahr 2013 belegen: Die Bürgerinnen und Bürger nutzen und schätzen die Arbeit des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag. Seinen Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr legte der Ausschuss am Donnerstag dem Plenum vor. Danach konnten ein Drittel der Vorgänge 2013 im weiteren Sinne positiv erledigt werden.

Das im Grundgesetz verbürgte Recht zur Abgabe von Bitten und Beschwerden an das Parlament bietet jedermann die Möglichkeit, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Der rege Gebrauch dieser Möglichkeit zeigt auch, dass viele Menschen den Mitgliedern des Ausschusses die Lösung ihrer individuellen Probleme zutrauen.

Bedeutung des Online-Portals wächst jährlich

Die Bedeutung des Petitionsportals im Internet wächst jährlich. Bereits heute sind mehr als 1,6 Millionen Nutzer auf der Seite www.epetitionen.bundestag.de registriert. 45 Prozent der Bitten und Beschwerden erreich-

ten den Ausschuss im Jahr 2013 auf elektronischem Weg. Diese Werte zeigen, dass der Petitionsausschuss den Anforderungen des digitalen Zeitalters gewachsen ist.

Die Stärke des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag zeigt sich jedoch nicht allein an der Statistik. Vielmehr liegt sie in der Qualität seiner Arbeit. Ob öffentliche oder nicht-öffentliche Beratung, ob Einzel- oder Massenpetition – alle eingereichten Bitten und Beschwerden besitzen für die Abgeordneten den gleichen Stellenwert.

Ausschussmitglieder prüfen Missstände auch vor Ort

2013 half der Ausschuss zum Beispiel einer Petentin, die sich gegen eine Kostenübernahme bei der Neuverlegung einer Abwasserleitung wandte. Nachdem der Petitionsausschuss sich mit dem Anliegen befasst und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistung (BaFin) den Sachverhalt geprüft hatte, konnte der Petentin mitgeteilt werden, dass die zuständige Kommune die Kosten zu tragen habe.

Im sächsischen Coswig inspizierten die Abgeordneten eine Bahnstrecke, von der für die Anwohner eine hohe Lärmbelastung ausgeht. Die Abgeordneten kamen zu dem Ergebnis, dass die zuständigen Stellen bei der Lärmsanierung zwar das geltende Recht beachtet haben, der betreffende Streckenabschnitt jedoch gemeinsam mit den Landesbehörden erneut überprüft werden sollte. Auf diese Weise oder im direkten Gespräch mit Vertretern der Bundesregierung suchten die Abgeordneten nach Mitteln und Wegen, Petenten in ihren Anliegen zu unterstützen. Ein positives Ergebnis dieser Gespräche war z.B. die Erstattung von Kinderbetreuungskosten für eine Bundespolizistin.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betrachtet das Petitionswesen des Deutschen Bundestages in seiner gegenwärtigen Form als leistungsstark und qualitativ hochwertig. Es ist die ureigenste Aufgabe des Ausschusses, sich dem Einzelfall, den konkreten Problemen von Menschen zu widmen und Abhilfe zu schaffen, wann immer es möglich ist.

DGB und CDU/CSU entspannt im Gespräch

Parlamentarischer Abend der Unionsfraktion beim Gewerkschaftskongress – Elke Hannack mit Spitzenergebnis gewählt

Das Verhältnis zwischen Deutschem Gewerkschaftsbund und der CDU/CSU-Fraktion – wie es sich seit einigen Jahren gestaltet – ist von Offenheit und Gesprächsbereitschaft geprägt. Dies zeigte sich erneut beim Parlamentarischen Abend, den die Fraktion traditionsgemäß beim 20. ordentlichen DGB-Bundeskongress in der vergangenen Woche veranstaltete. Der Kongress im neuen CityCube Berlin bot ein gutes Forum für Gespräche zwischen Gewerkschaftsspitzen und Delegierten.

Dass das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Union nicht immer so entspannt war, davon wusste Kanzleramtschef Peter Altmaier beim Parlamentarischen Abend zu berichten. Altmaier skizzierte die großen Linien der Entwicklung seit der Ära von Altkanzler Helmut Kohl, als die Beziehungen noch von Grundsatzkonflikten geprägt waren. Die Überraschung sei groß gewesen, als die rot-grüne Regierung im Anschluss das Gleiche machte, wofür die Gewerkschaften zuvor die Kohl-Regierung kritisiert hätten, sagte Altmaier augenzwinkernd. Dass es trotz vorhandener Differenzen in der Sache heute einen ausgezeichneten Gesprächsfaden gibt, sei aber nicht in erster Linie auf diese Erfahrung zurückzuführen. Vielmehr sei es Angela Merkel gewesen, die in der Zeit ihrer Kanzlerschaft auf dieses gute Verhältnis hingearbeitet habe.

Großes Interesse an direktem Kontakt

Peter Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe, die den Parlamentarischen Abend veranstaltete, betonte die Bedeutung einer von politischen Kräften unabhängigen Einheitsgewerkschaft. Nur eine unabhängige Gewerkschaft biete auch der Union nahestehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Heimat. Weiß appellierte an den neuen DGB-Vorstand, an diesem Ansatz festzuhalten, der in den vergangenen Jahren



Foto: picture alliance / dpa

Elke Hannack nach ihrer Wahl zur stellvertretenden DGB-Vorsitzenden mit dem neuen DGB-Chef Reiner Hoffmann

unter dem ausgeschiedenen Vorsitzenden Michael Sommer so erfolgreich weiterentwickelt worden sei. Ein starkes Signal für diesen Kurs sei das außergewöhnliche Ergebnis der Christdemokratin Elke Hannack bei ihrer Kandidatur als stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende am Vortag gewesen. Die Gewerkschafterin hatte bei ihrer ersten Wahl beim Bundeskongress über 88 Prozent der Delegiertenstimmen eingefahren.

Sichtbarer Ausdruck der Offenheit und Gesprächsbereitschaft war auch, dass der neugewählte DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann mit seinem gesamten Vorstand sowie die Vorsitzenden aller acht Einzelgewerkschaften im DGB Gäste beim Parlamentarischen Abend der Unionsfraktion waren. Damit signalisierten die Gewerkschaftsspitzen ihr Interesse am direkten Kontakt zur größten Regierungsfraktion.

Hoffmann kündigt Kontinuität an

Der neue DGB-Chef kündigte Kontinuität in der Arbeit an. Einen Forderungskatalog an die Politik hatte er allerdings auch im Gepäck. So plädierte Hoffmann für weitere Anstrengungen zur Humanisierung der Arbeitswelt, bei denen auch die Digitalisierung der Arbeit berücksichtigt werden müsse. Außerdem regte er ein Forschungsprogramm für „gute Arbeit“ an. Als weitere Arbeitsschwerpunkte der kommenden Jahre benannte er unter anderem eine entschiedener Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen – dieses auch unter stärkerer Beteiligung der Betriebsräte – und die Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung.

Union steht für Kontinuität in der Filmförderung

Empfang mit Kanzlerin und Schauspielern



Fotos: Sina Uhlenbrock

Gruppenbild mit Kanzlerin beim traditionellen Filmempfang

Die Union steht weiterhin an der Seite der Filmschaffenden. Dies machten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, beim Filmempfang Anfang Mai deutlich. Zahlreiche Prominente wie die Schauspieler Iris Berben, Elyas M'Barek oder Veronika Ferres sowie Regisseure und Produzenten wie Volker Schlöndorff und Oliver Berben diskutierten mit der Bundeskanzlerin und den Abgeordneten der Unionsfraktion über die zukünftigen politischen Rahmenbedingungen der Filmwirtschaft. Der Empfang findet jedes Jahr anlässlich der Verleihung des Deutschen Filmpreises statt und zielt darauf ab, den Dialog zwischen Politik, Filmwirtschaft und Kreativen zu stärken.

*„Kultur wird
wertgeschätzt bei
CDU und CSU“*

Die Vorsitzende der Deutschen Filmakademie, Iris Berben, dankte der Bundeskanzlerin für ihr offenes Ohr, das sie für die Sorgen und Nöte der

Filmschaffenden habe. Sie stellte fest: „Die Kultur wird wertgeschätzt bei CDU und CSU.“ Allerdings appellierte Berben auch an die Politiker, die sprudelnden Steuereinnahmen für eine verstärkte Filmförderung einzusetzen. Der Fraktionsvorsitzende Kauder betonte, dass die große Koalition den Filmförderfonds auf dauerhaft hohem Niveau halten wolle.

Novelle des Urheberrechts steht an

Auch die Novelle des Urheberrechts wird in dieser Wahlperiode auf der

politischen Agenda stehen. Bundeskanzlerin Merkel sagte, dass man das Urheberrecht ans digitale Zeitalter anpassen und zu einem fairen Ausgleich der Interessen kommen müsse. „Wir müssen das Richtige aus Kunst und Justiz zusammenführen.“

Sie betonte, dass es dazu auch einer europäischen Zusammenarbeit bedürfe. Zudem machte die Kanzlerin deutlich, dass die Kreativen und Künstler von ihrer Arbeit leben können müssen.



Volker Kauder mit Veronika Ferres

Gegen die Barriere in den Köpfen

Fachgespräch zur Teilhabe von Behinderten

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in viele Politikbereiche hineinragt. In welchen Handlungsfeldern besonders dringend Maßnahmen erforderlich sind, erörterte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den sozial- und behindertenpolitischen Sprechern der CDU-Landtagsfraktionen in dieser Woche. Eine Initiative zur Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben erörterte die Fraktion mit Experten Anfang Mai.

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der CDU/CSU-Fraktion, Uwe Schummer, verwies auf 20 Handlungsfelder, die die Koalition identifiziert hat, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Beim Fachgespräch mit den Ländervertretern forderte die Beauftragte für die Belange behinderter Menschen der Bundesregierung, Verena Bentele: „Die Leistungen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen müssen raus aus der Sozialhilfe, hinein in ein Bundesteilhabegesetz.“ Auch die Fachpolitiker aus Bund und Ländern bekräftigten dies. „Mit diesem Gesetz wollen wir die Kommunen entlasten, doch in erster Linie wollen wir, dass das Geld tatsächlich bei den Menschen ankommt“, stellte Schummer klar.

Als weitere Ziele nannte Bentele die Einstellung von Menschen mit Behinderungen in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes sowie umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Viele Barrieren seien nicht nur baulicher Natur, sondern hätten sich in den Köpfen vieler Menschen fest-

Kay Scheller wird Präsident des Bundesrechnungshofes



Foto: picture alliance/dpa

Der langjährige Direktor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kay Scheller, wird neuer Präsident des Bundesrechnungshofes. Scheller wurde am Donnerstag vom Bundestag mit übergroßer Mehrheit in dieses Amt gewählt. Nun steht noch die Zustimmung des Bundesrates aus, der am 13. Juni tagt, sowie die Ernennung durch den Bundespräsidenten.

Der 54 Jahre alte Jurist Scheller, einer der engsten Mitarbeiter des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, koordiniert seit 2005 die Arbeit der CDU/CSU-Fraktion. Er verfügt auch über langjährige Erfahrung in Ministerien und im Kanzleramt. Als Präsident des Rechnungshofes prüft Scheller die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes und der Sozialversicherungsträger.

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

24. Juni 2014 Sommerfest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
7./8. Juli 2014 Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes mit dem ÖVP-Parlamentsklub
3./4. September 2014 Klausurtagung des Fraktionsvorstandes

gesetzt. „Das kann sich nur ändern, wenn wir immer wieder Menschen mit Behinderungen und ihre Fähigkeiten sichtbar machen“, betonte Bentele.

Weiterbeschäftigung bis zur Rente hat Priorität

Die Initiative der Union zur Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben erläuterte Schummer Experten aus der Praxis am 8. Mai.

„Die Schwerbehindertenvertreter sind verlässliche Partner in den Betrieben. Sie begleiten Maßnahmen zur Prävention oder Barrierefreiheit am Arbeitsplatz und beraten in Antragsverfahren. Davon profitieren auch die Arbeitgeber“, erklärte der Behindertenbeauftragte. Die Weiterbeschäftigung bis zum Rentenalter habe für CDU und CSU Priorität. „Dafür ist die Mitarbeit der Schwerbehindertenvertretung unverzichtbar.“

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/ff



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusub